

<b>Plenarprotokoll 19/43</b>	Turnus <b>15.00</b> Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 2/3
	- schu -

**Julia Schneider** (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich dachte, es ist noch Pause, weil gar niemand im Plenarsaal ist – zumindest von der Koalition sehe ich ganz wenige. Schön, dass Sie, die da sind, da sind, aber irgendwie war ich das noch anders gewohnt, bevor ich in Elternzeit gegangen bin.

[Sebastian Schlüsselburg (LINKE):  
Ein Senator ist auch da!]

Ein Senator ist immerhin da. Finde ich auch super, freut mich sehr! – Reden wir mal über den Inhalt. Eigentlich ist der ganz spannend, auch für die Koalition.

[Roman Simon (CDU):  
Der Finanzsenator ist auch da!]

Wir sprechen nämlich über die Einführung einer Karenzzeitregelung für Senatoren und Senatorinnen – auch, wenn sie nicht hier sind. Es geht auch um die Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, man könnte auch sagen: um ein Gesetz für mehr Compliance und für besseres Regieren. Beides haben wir in Berlin gerade bitter nötig.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Beifall von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

Weil Abschreiben, ohne die Quelle zu nennen, gar nicht so meins ist, wollte ich mich eigentlich beim Kollegen Kollatz bedanken, der aber auch nicht da ist. – Vielen Dank, Herr Kollatz! Vielleicht hören Sie es ja im Casino oder anderswo: 2021, noch als Finanzsenator, haben Sie ja fast denselben Gesetzesantrag in den Senat eingebracht. – Heute sind wir hier und haben den Gesetzesantrag wieder eingebracht, weil er der Diskontinuität und auch den Wiederholungswahlen zum Opfer gefallen ist und sich die neue Koalition bisher nicht damit beschäftigt hat. Sie hat sogar behauptet, dass sie dazu noch keine Position finden konnte, obwohl, wie gesagt, der Inhalt dieses Gesetzesantrags eigentlich seit 2021 bekannt sein sollte.

Ich erläutere ihn trotzdem gern noch einmal und fange mit der Änderung der dienstrechtlichen Vorschriften an. Das ist eine ganz sinnvolle Sache: Es geht darum, dass Staatssekretärinnen und -staatssekretäre, also das Scharnier zwischen der politischen Spitze und dem Personalkörper in der Verwaltung, doch am besten diejenigen sein sollten, die Verwaltung von der Pike auf gelernt haben, das heißt: Dienstkräfte der Berliner Landesverwaltung oder auch der Bezirksverwaltungen. Im Moment ist es jedoch so, dass diese, wenn sie Staatssekretärinnen oder Staatssekretäre werden, nicht mehr in ihren vorherigen Beruf zurückkehren können. Das sorgt dafür, dass uns diese wirklich klugen Köpfe durch die Lappen gehen und dass sie, wenn sie dann doch das Amt der Staatssekretärin oder des Staatssekretärs bekleiden, danach nicht mehr für das Land Berlin zur Verfügung stehen, wie zum Beispiel

<b>Plenarprotokoll 19/43</b> Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Turnus <b>15.00</b> Uhr
	Seite 3/3
	- schu -

Jana Borkamp. Das können wir uns nicht weiter leisten, und das müssen wir ändern.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Beifall von Sebastian Scheel (LINKE)  
und Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

Jetzt komme ich zum zweiten Inhalt dieses Gesetzes, nämlich zur Karenzzeitregelung. Karenzzeit ist eine Schonzeit; sie soll ein Puffer zwischen der politischen Amtsführung und dem privaten Leben danach sein. Es gibt auch ein Leben nach dem Amt, und das ist dann meistens auch ein Berufsleben. Hier sollen aber politisches Wissen, das vorher im Amt erworben wurde, und eigene Interessen – nämlich das berufliche Fortkommen und wirtschaftliche Interessen – nicht miteinander vermischt werden.

...

<b>Plenarprotokoll 19/43</b>	Turnus <b>15.10</b> Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 1/9
	- mo -

Deswegen soll es eine Pufferzeit geben. Ich sage es mal – und ich hatte extra für die SPD ein Zitat herausgesucht – mit den Worten von Sigmar Gabriel:

Man soll nicht an Türen klopfen, hinter denen man selbst mal gegessen hat.

Ja, Sie haben abgewunken, stimmt, er hat sich selbst nicht daran gehalten, aber es ist ein gutes Zitat.

[Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN  
und der LINKEN]

Für die CDU habe ich auch eins mitgebracht, nämlich von Herrn de Maizière, der damals Bundesinnenminister war. Der erklärt das sehr formal, aber vielleicht kommt es so auch bei Ihnen gut an:

Es soll bereits der Anschein einer voreingenommenen Amtsführung in Hinblick auf spätere Verwendung oder durch private Verwertung von Amtswissen nach dem Ausscheiden aus dem Amt verhindert werden.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN  
und der LINKEN –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Hört! Hört!]

Ja, liebe CDU-Kolleginnen und -Kollegen, sehe ich, sehen wir auch so, und diese Zitate sind gar nicht so neu, die sind aus der Bundestagsdebatte 2015. Da hat nämlich der Bund eine Karenzzeitregelung eingeführt. Jetzt sind wir im Jahr 2024, es ist also eine Menge Zeit vergangen, viel Wasser die Spree heruntergeflossen. Ich finde ja, das Land Berlin ist auch reif für eine Karenzzeitregelung, wie sie auch in zehn weiteren Bundesländern schon besteht. Übrigens zieht Sachsen unter Schwarz-Rot-Grün nach und führt derzeit auch eine Karenzzeitregelung ein. Vielleicht können Sie sich mit den Kolleginnen und Kollegen ja mal beraten.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Ich gehe nicht im Einzelnen darauf ein, wie diese Karenzzeitregelung aussehen würde, ich empfehle Ihnen einfach die Erläuterungen des Gesetzesantrags, da steht es ganz genau drin. Aber ich will noch einmal, vielleicht auch die letzten Monate zusammenfassend, sagen: Compliance ist hier wirklich wichtig. Wir wollen das Vertrauen in Demokratie gerade jetzt stärken. Deswegen habe ich einen unkonventionellen Vorschlag: Überraschen Sie uns doch mal, liebe Kolleginnen und Kollegen, tun Sie etwas für die Transparenz, für gutes Regierungshandeln, für Vertrauen in Demokratie und für mehr Compliance! Folgen Sie diesem Vorschlag der demokratischen Opposition und stimmen Sie diesem Gesetzesantrag einfach zu!

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –